

Vereinte Nationen „nicht überflüssig“

MACHTLOSE UNO? Andreas Zumach referiert beim Rosa-Luxemburg-Club im Hotel Klingelhöffer

ALSFELD (gk). Kriege, Vormarsch der Terrormilizen des sogenannten Islamischen Staates oder auch die Ausbreitung der Ebola-Seuche: 2014 drohte nach Wahrnehmung vieler Menschen, „die Welt aus den Fugen zu geraten“. Ob die UNO, die landläufig auch Weltpolizei genannt wird, noch ihrer Rolle gerecht wird, beleuchtete eine Veranstaltung des Rosa-Luxemburg-Clubs Vogelsberg im Hotel Klingelhöffer in Alsfeld. „Globales Chaos – machtlose UNO?“ war der Titel eines Vortrags von Andreas Zumach.

Zumach, Korrespondent bei der UNO in Genf und Journalist für verschiedene Zeitungen, darunter die TAZ, und Fernseh- und Rundfunkanstalten, berichtete nicht nur über seine Erfahrungen mit den Vereinten Nationen, sondern vor allem über seine Erkenntnisse aus den Krisengebieten der Welt. Andreas Zumach ist Autor des Buches „Globales Chaos – machtlose Uno“. Auch dieses Buch, seit April auf dem Markt, war Gegenstand seines Referates.

Als „eine Schande für Europa und die Welt“ bezeichnete Zumach die Flüchtlingspolitik. Dass die Menschen im Mittelmeer sterben, „muss nicht sein. Die Politik – auch die Politik der Bundesregierung hat versagt.“ Hier werde nicht geholfen, sondern es werde eine Abschottungspolitik betrieben, für die auch die Bundesregierung mit verantwortlich sei, kritisierte der Referent. Man habe Italien in den letzten Monaten völlig alleine gelassen, habe das Mare-Nostra-Rettungssystem der Italiener nicht unterstützt und schlage jetzt vor, die Schlepper-Boote durch Militäreinsatz zerstören zu lassen. „Naiv und eine Schnapsidee!“, unterstreicht Zumach, der fordert: „Menschen, die politisch verfolgt werden müssen geschützt und nicht bekämpft werden, Menschen müssen aufgenommen werden, von allen 28 EU-Staaten und der Schweiz.“ Die Bereitschaft zur Aufnahme von Flüchtlingen aus den Krisengebieten der Welt in der Bevölkerung sieht er wesentlich größer, als die Bundesregierung wahrnimmt. Jedoch auch, dass „die Kommunen in Deutschland bei der Aufnahme überfordert“ seien,



Andreas Zumach bei seinen Ausführungen; vorne Michael Riese vom Rosa-Luxemburg-Club Vogelsberg. Foto: Krämer

„weil in den letzten Jahren durch die neo-liberale Politik finanziell entmachtet. Den Kommunen fehle es an Geld für die Unterbringung.“

Auch auf die Krisenherde der Welt ging Zumach ein und nannte dabei auch die Ukraine. Kein Ruf nach der Uno sei bei den kriegerischen Auseinandersetzungen zu vernehmen. „Die Europäer waren sich wohl zu schade, nach der Uno zu rufen. Europäische Überheblichkeit – oder eigenes Versagen nicht zugeben?“, fragte Zumach. Als die Hauptschuldigen des Ukraine-Krieges bezeichnete er die „westlichen Staaten, die mit der NATO-Erweiterung die Problematik für Russland geradezu herbeigeführt haben“. Gleichzeitig unterstrich er: „Die Krim-Annexion war völkerrechtswidrig.“ Zu Russlands Verhalten dürfe man deshalb keinesfalls schweigen.

Ebenfalls im Fokus seiner Ausführungen

standen die 10000 Toten durch Ebola. Diese Seuche in Afrika bezeichnete Zumach „als Versagen der Weltgesundheitsorganisation“. Die WHO, mit 3000 Mitarbeitern weltweit, habe geschwiegen, als sie hätte handeln müssen. Zumach sieht sie mittlerweile „in die Anhängigkeit der Pharmaindustrie“ geraten.

Zumach ging auch auf die Entstehung der Vereinten Nationen im Jahr 1945 und die Finanzierung ein: 193 Mitgliedsstaaten umfasse die UNO, darunter auch die fünf privilegierten Staaten, die als Sicherheitsrat bezeichnet werden und ohne die einfach nichts laufe. Sie hätten politisch und wirtschaftlich den Einfluss. Entstanden sei die Uno aus den bitteren Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges, sei aber

mit ihren Bemühungen, die Krisen und Gewaltkonflikte in der Welt zu beenden und einzudämmen, gescheitert. Und trotzdem stellte Zumach als Fazit fest: „Die Uno ist nicht überflüssig geworden“ – auch wenn sie aufgrund der sich stark veränderten globalen Welt und der Vielzahl der Krisengebiete vielfach machtlos zugehört habe. Zu viele politische Einflussnahmen der Nationalstaaten und das fehlende Geld – die Mitgliedsstaaten zahlten vielfach ihre Pflichtbeiträge einfach nicht – schränken die Handlungsmöglichkeiten der Vereinten Nationen immer wieder ein. Von dem 5,1-Milliarden-Dollar-Haushalt im Jahr 2014 seien 55 Prozent wirklich durch die Mitgliedsstaaten zur Verfügung gestellt worden; der Rest sei einfach nicht gekommen. „Und demzufolge“, so Zumach, „mussten Einsätze und Maßnahmen unterbleiben.“ Die Krisen nahmen ihren Lauf.